



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Harald Kühn, Daniel Artmann, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Stefan Meyer, Martin Mittag, Thomas Pirner, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Carolina Trautner und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausweitung des Nürnberger Modells zu einem Metropolenmodell
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 05 wird der Ansatz im Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie) für das Jahr 2026 von 7.830,1 Tsd. Euro um 335,0 Tsd. Euro auf 8.165,1 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Der Großraum Nürnberg belegt seit Jahren vordere Plätze in der deutschlandweiten Statistik der Drogentoten. Die hohe Zahl an Drogenpatientinnen und -patienten belastet nicht nur die örtlichen Kliniken und den Rettungsdienst, sondern kann auch zu Versorgungsengpässen für andere Patientengruppen führen. Vor diesem Hintergrund wurde bereits 2021 das „Nürnberger Modell der Drogenhilfe“ als gemeinsames Projekt von Wissenschaft, Gesundheitsversorgung und Suchthilfeorganisationen in enger Abstimmung mit kommunalen Gremien ins Leben gerufen.

Zentrale Aufgaben des Projekts sind die Generierung einer belastbaren Datengrundlage zur Weiterentwicklung bestehender Suchthilfeangebote sowie der Ausbau bewährter Konzepte. Ziel ist der Aufbau kommunal bedarfsorientierter, nachhaltiger und ressourcenschonender Hilfestrukturen. Nachdem in der bisherigen Projektphase insbesondere eine umfassende Bestandserhebung erfolgte, soll in der kommenden Phase der Schwerpunkt verstärkt auf Prävention gelegt werden.

Das Drogenhilfemodell für die Jahre 2026 bis 2028 verfolgt daher das primäre Ziel, den Drogenkonsum bei Jugendlichen und Erwachsenen zu verhindern beziehungsweise zu reduzieren und zugleich einen Beitrag zur Gewaltprävention zu leisten. Ein besonderer

Fokus liegt auf der stärkeren Vernetzung der bayerischen Drogen- und Jugendhilfen, um Kompetenzen zu bündeln und wissenschaftsbasiert erfolgreiche Best-Practice-Ansätze schneller auch auf andere bayerische Städte und Regionen übertragen zu können. Ergänzend ist eine Intensivierung von Workshops, Fortbildungen und Coachingangeboten für Fachkräfte vorgesehen, um Präventionsarbeit weiter zu stärken. Auch die Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Drogenhilfen sowie mit Polizei und Behörden soll gezielt ausgebaut werden, um ein abgestimmtes und wirksames Vorgehen sicherzustellen. Um Konsumierende vor den Gefahren neuartiger Substanzen warnen zu können, soll in der folgenden Projektphase in Nürnberg modellhaft ein kommunales Frühwarnsystem erprobt werden.

Die Fortführung und Weiterentwicklung des Nürnberger Modells zu einem Metropolenmodell stellt damit einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, vernetzten und präventionsorientierten Suchthilfestruktur auch über Nürnberg hinaus dar, wofür die zusätzlichen Mittel benötigt werden.